

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Elbgaupresse Dresden Nr. 512
Zentral-Redaktion: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Verlag: Elbgaupresse Dresden, Straßte Dierwitz Nr. 658
Postfach-Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Worte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden bis 8 Uhr abends mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltenen Zeilen umfassen, sind älter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich 2.20. Für Kasse hdb. Gewalt, Krieg, Streik um hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl d. Legebeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Preititz. Bei unterm. eingesch. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tollenwitzer Str. 4
IX. Jahrgang

Anzeigen werden bis 8 Uhr abends mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltenen Zeilen umfassen, sind älter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich 2.20. Für Kasse hdb. Gewalt, Krieg, Streik um hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl d. Legebeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Preititz. Bei unterm. eingesch. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Nr. 34

Freitag, den 10. Februar

1925

Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal!

Dr. Luthers Red. in Köln ein flammender Protest gegen den Vertragsbruch der Alliierten hinsichtlich der nördlichen Rheinzone. — Die von Herriot schuldig gebliebene Antwort auf eine präzise Frage. — Bahn frei für die Arbeit der Reichsregierung!

Der Reichskanzler in Köln

Der gestern in Köln eingetroffene Reichskanzler Dr. Luther hatte heute nachmittags dem Oberbürgermeister Abenauer und dem Kardinalbischof Schulte einen Besuch ab und empfing sodann den enalischen Botschaftssekretär Binatt.

Während des zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Luther heute abend von der Stadt Köln veranstalteten Festessens ergriff

Oberbürgermeister Dr. Abenauer das Wort zu einer Rede, in der er zunächst den Reichskanzler mit herzlichster Freude willkommen hieß. Weiter führte Dr. Abenauer u. a. aus: Die Lage des besetzten Gebietes ist nach wie vor trotz gewisser Erleichterungen gegenüber dem Vorjahre schwer und drückend.

Zwei Drittel aller Erwerbstätigen entfallen auf das besetzte Gebiet.

Au den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen kommt die Steigerung unserer festlichen Tage, die uns die letzten Wochen gebracht hat. Wenn wir unsere furchtbaren physischen und psychischen Leiden bisher geduldet haben, so geschah das in der sicheren Erwartung, daß sie zu dem im Versailles Vertrag angelegten Termin ihr Ende finden. In dieser Hoffnung sehen wir uns durch die Nichträumung Kölns auf das bitterste getäuscht.

Der ganze Verlauf der Anwesenheit zeigt uns klar, daß die Räumung mit anderen nicht im Vertrage als Vorbedingung der Räumung festzulegenden Umständen verknüpft wird.

Es handelt sich nicht mehr darum, ob die Kölner Zone frühzeitig oder einige Wochen später geräumt wird, sondern steht hier die Debatte die Frage, ob die Besetzung des rheinischen Gebietes ohne Rücksicht auf die ihre Zeit beanspruchenden Artikel des Vertrages dauernd bleiben soll. Mit einem der ältesten Kulturgebiete Europas verfährt man im Reichstage der Demokratie wie mit einem Reperkamm im inneren Afrika.

Reichskanzler Dr. Luther führte in seiner Antwort aus:

Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal. Rheinlands Freiheit ist Deutschlands Freiheit! Das ist die Auffassung der deutschen Reichsregierung und die ihnen auszusprechen, obwohl es für jeden Deutschen selbstverständlich ist, bin ich gekommen. Die deutsche Reichsregierung verlor erneut jene Rat des besetzten Gebietes im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß nun schon so manches Jahr das Nachbarland für ganz Deutschland leidet. Da ist die Selbstverständlichkeit Politik der Reichsregierung die folgende:

Wir haben in unserer Arbeit dafür gesorgt, daß die Rheinlande nicht an einer Reparationsprovision wurden. Wir werden in unserer weiteren Politik dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zum Schaden des Rheinlands sich vollziehen. (Bravo.) Der deutsche Reichskanzler kann von der Frage der Nichträumung der nördlichen Zone nicht sprechen, ohne immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Grundlagen für die einseitige Entscheidung der Alliierten über die Nichträumung bis zum heutigen Tage nicht mitgeteilt worden sind.

Der Tatbestand ist also der, daß die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Räumung ausschließlich von Seiten der Alliierten nicht erfüllt worden sind. In Verhandlungen ist die deutsche Regierung, wie ich es bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausgesprochen habe, bereit. Die deutsche Regierung ist ebenso bereit, berechnete Anstände, die etwa von Seiten der Verbündeten in der Entwaffnungsfrage erwogen werden, oder die sonst aus Kenntnis der deutschen Regierung kommen, auf schnellste wegzuräumen. Das Ziel der Verhandlungen aber, die wir mit allem Nachdruck erstreben muß sein, die schnellste Räumung der nördlichen Rheinzone, damit das Rheinland das erwirbt, was ihm nach dem Versailles Vertrag zusteht.

Die kommunistische Tscheka

Zum Beginn der großen Kommunistenprozesse

Vor dem Staatsgerichtshof beginnt jetzt der große Prozeß gegen die Führer der kommunistischen Tscheka, der voraussichtlich eine große Fülle von Belastungsmaterial gegen die kommunistische Partei auslösen wird. Von dem Ausgang dieses Prozesses hängt immerhin sehr viel ab, da man zur Zeit im Schoße der Reichsregierung beschäftigt ist, die Staatsicherheit durch besondere gesetzliche Maßnahmen zu fördern. Im Reich besteht zur Zeit noch der sogenannte „Kleine“ Ausnahmezustand, der der Regierung die Handhabe dazu bietet, in besonderen Fällen zu außerordentlichen Maßnahmen zu greifen. Man denkt jedoch gegenwärtig daran, den Roman in der Hand in vollem Umfange wieder herzustellen, da man sich sicher genug glaubt, um auch ohne besondere Vollmachten die öffentliche Ordnung sichern zu können. Wenn also die Kommunisten gegenwärtig eine lebhafteste Agitation mit der Behauptung treiben, man plane gegen sie ein neues Parteiverbot, so ist diese Phrase entsprechend tief zu bewerten.

Wie sich aus der Anklage im Tscheka-Prozess ergibt, haben die Kommunisten versucht, den Chef der Reichswehr, General von Seeckt, zu ermorden. Mehrere Male haben kommunistische Agenten dem General aufge-

lauert, bis schließlich ein hoher Funktionär der Kommunisten aus Moskau auf dem Plan erschien, um die deutschen Kommunisten vor der Ermordung des Generals entschieden zu warnen.

Eine Reihe weiterer Prozesse gegen die Kommunisten beschäftigt sich mit geplanten Sprengstoffattentaten sowie mit der Organisation bewaffneter Aufstände.

Die Gerichte werden die Frage zu prüfen haben, inwieweit von russischer Seite der Versuch unternommen worden ist, die deutschen Kommunisten zu ihrem gewalttätigen Vorgehen zu veranlassen oder sie darin zu unterstützen. Ein Beweis dafür, daß die russische Regierung ihre Hand im Spiele hat, dürfte kaum erbracht werden, da es sich bei den in der Unternehmung genannten Persönlichkeiten lediglich um Beauftragte der Komintern und Internationale, nicht aber amtlicher russischer Stellen handelt. Eine große Rolle scheint unter den Kommunisten ein Russe, namens Stoblewski, genannt Goreff, gespielt zu haben, dessen Verion noch mit einem geheimnisvollen Dunkel umgeben ist. Stoblewski hat jedenfalls die Organisation der deutschen Tscheka in der Hand gehabt, und nach seinen Plänen scheint auch der Attentatsversuch auf General von Seeckt entworfen gewesen zu sein.

Unter diesem Gesichtspunkt der Aktion vor den Verträgen müssen wir auch die Bestimmungen in Anspruch nehmen, die sich beziehen auf die Räumung der nördlichen Rheinlande und in denen von Sicherheitsbedingungen nichts enthalten ist. Von der ungenaueren Bedeutung der großen Frage, um die es sich jetzt handelt, ist das ganze deutsche Volk durchdrungen.

Aus dem Geiste heraus, den ich am Rhein fühle, aus dem Geiste, der das Gesamtdeutschland über kleine und kleinliche Anfechtungen hinweg will, möchte ich von dieser Stelle aus die Bitte an ganz Deutschland richten, der gegenwärtigen Reichsregierung die Bahn für die Mitarbeit frei zu öffnen. Dazu rechne ich auch, daß die häßlichen Verluste, Zwistigkeiten zwischen den Mitgliedern des Kabinetts zu lösen, einseitig werden. (Bravo!) Dazu rechne ich auch, daß die Weigerung gegen das Kabinett nicht ausartet in achtsamer Feindschaft. Wenn sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und sich auf eine Mehrheit stützen muß, wenn sich gerade darin der parlamentarische Grundgedanke auswirkt, so lese ich eben so großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbildung keinen Ausschluß der anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, in handhabbarem Sinne mitzuarbeiten.

Und da die ganze überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu solcher handhabbaren Mitarbeit bereit ist, so ist es gerade in der Stunde der Not Aufgabe des führenden Reichskanzlers, nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß die deutsche Weisheit sich auf so breiter Grundlage vollzieht wie irgend möglich, denn gerade mit solcher Arbeit wird man auch am besten dem großen Ziel der Befriedung dienen, um das es sich für und jetzt als erste Aufgabe handelt.

Der Reichskanzler also dann auf seine persönlichen Beziehungen zum Rheinlande und zum Ruhrgebiet ein, durch die er deutsches Sein und deutsches Werden in sich aufgenommen habe und schloß mit einem Hoch auf den deutschen Rhein. Die Versammlung erhob sich und stimmte begeistert in den Ruf ein.

Der Gedanke würde obendrein einen Niederbruch der juristischen und moralischen Grundlage für das Zusammenleben der Völker überhaupt bedeuten. Es wäre nicht nur das Gewissen des Volkes, der zur Gesundheit Deutschlands im Londoner Abkommen zum Ausdruck gekommen ist, sondern es wäre internationaler Vereinbarungen, das Gewissen des Gedanken der Sicherheitsverträge selbst! Denn auch diese Sicherheitsverträge müssen eben, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, unter dem Gesichtspunkt der Räumung der nördlichen Rheinzone stehen.

Parlamentarische Vorgefichte

In der inneren Politik wird die Situation von Tag zu Tag bedenklicher. Während der Reichskanzler sich auf seiner Rundreise befindet, beginnt man hinter den Kulissen der parlamentarischen Verhandlungssituation interessante Manöver ins Werk zu setzen, um die Gegensätze zwischen der Opposition und den Regierungsparteien zum Austrag zu bringen. Man muß auf scharfe Zusammenstöße zwischen dem neuen Kabinett Luther und der Linken gefaßt sein, die in dem Augenblick einsehen werden, sobald der Kanzler wieder in Berlin sein wird und der Reichstag sich im Besitze der Ruhenschrift des Reichsfinanzministeriums befindet. Man weiß, daß es einen sehr heftigen Zusammenstoß geben wird, der zwar nicht eine Entscheidung bringt, der aber für die ganze parlamentarische Entwicklung symptomatische Bedeutung hat. Ende der vorigen Woche gab es im Reichstag ein interessantes Zwischenspiel, das beweist, mit welcher wachsenden Augen die Linke auf jede kleine Blöße der Regierungsparteien wartet, um daraus der Regierung Luther ernste Schwierigkeiten zu konstruieren. Der deutschnationalen Abgeordnete v. Freytag-Loringhoden hatte sich, wie im Reichstagsbericht gemeldet worden war, in der Debatte über das Abkommen zwischen Deutschland und Siam ziemlich ablehnend gegenüber der Regierungsvorlage ausgesprochen. Die Folge davon war, daß gestern die gesamte Linke, die eigentlich für diesen Vertrag ist, gegen das Abkommen gestimmt hat, um die Deutschnationalen zu zwingen, für die Regierungsvorlage einzutreten.

Technisch verhält es sich mit der Aufwertungsfrage. Da die Reichsregierung sich nicht in der Lage sieht, den Aufwertungswünschen der Parteien in vollem Umfange Rechnung zu tragen, gerät die deutschnationale Reichstagsfraktion in einen schweren Konflikt, weil sie vor die Wahl gestellt ist, entweder einer unzulänglichen Regelung zuzustimmen und damit ihre Wahlversprechungen nicht einzulösen, oder aber die Regelung der Aufwertungsfrage auf absehbare Zeit hinaus zu verhindern. Die Linke hat jetzt die Forderungen der Deutschnationalen aufgegriffen und stellt weitergehende Anträge, die bezwecken sollen, daß das Reichskabinett gezwungen wird, noch schärfer als bisher die Unmöglichkeit einer vollwertigen Aufwertung zu betonen. Stimmen die Deutschnationalen jedoch für die weitergehenden Anträge, die sie früher selbst versucht hatten, so werden sie in einen Gegensatz zur Regierung gedrängt.

Die Verzögerung der Ueberreichung der Denkschrift über die Ruhrentscheidungen hat die Situation der Regierung wenig gebessert, da die Linke sich nur um so eifriger vorbereitet, ihren parlamentarischen Feldzugplan durchzuführen. Es kommt besonders den Demokraten sehr gelegen, daß jetzt in Preußen der frühere Reichskanzler Marx die Regierungsbildung übernehmen soll, denn dadurch wird das preussische Regierungsproblem zu einer entscheidenden Frage für die Reichspolitik werden. Da jetzt schon die Rechtsparteien in Preußen ihre ablehnende Haltung gegenüber Marx zum Ausdruck bringen, beginnt der Gegensatz zwischen dem Zentrum und ihnen von neuem zu entbrennen. Es kann sogar als ziemlich sicher ange-